

CVP POST

Oktober 2013 | www.cvp.ch

Die CVP-Post ist das wieder gegründete Parteiblatt der CVP Basel-Stadt und erscheint mehrmals jährlich. Die CVP-Post ist online basiert und soll wie ein Newsletter für unsere Mitglieder funktionieren. Es wird Ihnen zusätzlich auch eine gedruckte Version dieses neuen Parteiblatts zugesandt. In der CVP-Post werden Sie über politisch aktuelle Themen informiert, Protagonisten schreiben Ihre Sicht der Dinge zu einem Standpunkt und Sie werden über kommende Anlässe orientiert. Die Redaktion liegt im Sekretariat der CVP Basel-Stadt bei Patrick Huber.

Wenn Sie Fragen, Anregungen oder gar Themenvorschläge zur CVP-Post haben, so freuen wir uns auf Ihr Feedback an sekretariat@cvp-bs.ch. Und jetzt wünschen wir Ihnen noch eine spannende und interessante Lektüre!

«Die Schweiz muss realisieren, wo sie steht.» Interview mit Rolf Soiron

Herr Soiron, als Verwaltungsratspräsident von Holcim und Lonza sind Sie einer der wichtigsten Wirtschaftsführer der Schweiz. Im November kommt die 1:12 Initiative vors Volk. Welche Folgen würden Sie bei einer Annahme dieser Initiative erwarten?

Keine guten! Die Schweiz könnte Ihren Ruf als wirtschaftsfreundliches Land vergessen. Steuer- und Sozialversicherungsausfälle wären unvermeidlich: Erstens gäbe es ja tiefere Spitzengehälter und zweitens würden Firmenteile wegziehen, und zwar gerade gut bezahlende.

Die Initiative ist laut Umfragen nicht chancenlos. Wie erklären Sie sich das in einem liberalen Land wie der Schweiz?

Ich bin eigentlich nicht so pessimistisch: Die Schweiz stimmt am Schluss pragmatisch. Aber es hat schon solche Manager gegeben, die das Mass verloren haben.

Was ist in Ihren Augen ein gerechter Lohn?

Ist es gerecht, dass Roger Federer so viel mehr bezieht als Simone Niggli? Tennis wird vom Zeitgeist, vom Interesse, von der

Werbung höher gewichtet als OL. Ist das gerecht?

Haben Manager in den letzten Jahren teilweise zuviel verdient?

Dort, wo Firmen an die Wand gefahren wurden: Ja. Dort, wo das Mass verloren wurde: Ja. Aber das zu regeln, ist Sache der Eigentümer der Firma, und von niemandem sonst.

Viele Schweizer möchten, dass Lohnexzesse aufhören - oder dass die Allgemeinheit stärker mitverdient. Was halten Sie von anderen staatlichen Eingriffen im Lohnbereich wie z.B. einer Bonussteuer?

Wenn man absolute Spitzenbezüge noch höher besteuern will, dann muss man das anstreben. Staatliche Obergrenzen einzuziehen, ist aber Unsinn. Warum denn nur bei Aktiengesellschaften? Sind Spitzenbezüge bspw. im Show-Business gerechter?

Minder, 1:12, Mindestlöhne. Die Schweizer Wirtschaft steht politisch unter Druck. Welche Strategie empfehlen Sie, um das Erfolgsmodell Schweiz für die Zukunft zu sichern?

Die Schweiz muss realisieren, wo sie steht: Wir sind wirtschaftlich in einer absoluten Spitzenposition. Das ist aber nicht naturgegeben: Man kann das kaputt machen und rasch verlieren – und das nützt keinem. Das müssen wir erklären und nochmals erklären. Und die Firmenfürhungen müssen bei sich für Mass und Ordnung sorgen.

Mehr zur 1:12 Initiative erfahren Sie an der Parteiversammlung vom 28.10.2013.



Junge Frauen gegen die Geschlechterquoten

von Tiziana Conti



Als der grosse Rat vor wenigen Wochen die Geschlechterquote – die momentan einer Frauenquote gleichkommt – für staatsnahe Betriebe eingeführt hat, waren die Ratsmitglieder vermutlich getrieben von einem veralteten Frauenbild. Dies ist auch nicht besonders verwunderlich, liegt doch das Durchschnittsalter der Grossräte weit über 40 Jahren. Der Durchschnitts-Grossrat kommt also aus einer in Zeit, in der Frauen noch für Haushalt und Kindererziehung verantwortlich waren. Getrieben von diesem veralteten Familienbild, wollten sie vermutlich etwas Gutes tun für die benachteiligten Frauen und beschlossen darum eine Quote von 30 % für die Verwaltungsräte der staatsnahen Betriebe, wie z.B. der BVB, der IWB oder des EuroAirports. Im Gesetz soll also nun eine starre Quote festgeschrieben sein. Der Staat schreibt den Unternehmen vor, wen sie im Zweifelsfalle in den Verwaltungsrat zu wählen haben. Für mich ist dieser Entscheid unverständlich. Klar gibt es zu wenige Frauen in den Verwaltungsräten, aber mit einer solchen starren Quote wird den Frauen mehr geschadet als geholfen, denn:

- In der kommenden Generation gibt es viele gut ausgebildete, top qualifizierte Frauen, die den Aufstieg in den Verwaltungsrat ganz gewiss ohne Quote schaffen werden.
- Eine Quote ist diskriminierend, denn wenn eine Frau in den Verwaltungsrat gewählt wird, nur um die Quote zu erfüllen, dann ist das den restlichen Verwaltungsräten auch klar – dementsprechend wird man als Quotenfrau abgestempelt und wird im Verwaltungsrat einen sehr beschränkten Einfluss haben.
- Noch schlimmer ist die Quote für die qualifizierten Frauen, weil sie – obwohl aus Eigenleistung in den Verwaltungsrat gewählt wurden – ebenfalls als Quotenfrau gebrandmarkt werden.
- Gerade der Grosse Rat, der die Geschlechterquote beschlossen hat, hätte es seit Jahrzehnten selbst in der Hand, Frauen in die Verwaltungsräte zu wählen, tat dies in der Vergangenheit aber nur viel zu selten.
- Frauen eine berufliche Karriere neben einer Familie zu ermöglichen, benötigt keine starre, gesetzliche Quote sondern eine gezielte Förderung - wie mehr Krippenplätze und mehr Teilzeit-Pensen damit sich Jobsharing-Modelle durchsetzen können.

Weiter hätte diese Geschlechterquote teils obskure Folgen: In Verwaltungsräten, in denen der Kanton Basel-Stadt nicht den ganzen Verwaltungsrat wählt (z.B. beim EuroAirport), müsste der Kanton darauf achten, wer von den anderen Parteien in den Verwaltungsrat delegiert wird (beim EuroAirport also Frankreich und Deutschland), um dann zu entscheiden wie viele Frauen und Männer der Kanton selbst in den Verwaltungsrat schicken muss. Es könnte also sein, dass Basel aufgrund einer «Nicht-Geschlechter-gerechten-Wahl» von Frankreich und Deutschland alles Frauen oder alles Männer in den Verwaltungsrat des EuroAirport wählen müsste.

Als junge Frau möchte ich meine Chancen in der freien Arbeitswelt selbst packen und mich durchsetzen, weil ich gut bin und nicht, weil ich eine Frau bin. Aus diesem Grund haben Frauen der bürgerlichen Jungparteien das Referendum gegen die beschlossene Geschlechterquote ergriffen. Wir hoffen, die 2'000 Unterschriften zusammen zubekommen, damit das Volk über diese Quote beschliessen kann.

Am 3. März 2014 organisiert die CVP Basel-Stadt einen

Bundeshausbesuch in Bern

Wir werden von 17:30h – 18:30h die Gelegenheit haben, dem Nationalrat beim Debattieren von der Tribüne aus zu beobachten. Anschliessend steht in einem Gespräch unser Nationalrat Markus Lehmann für Fragen und Anregungen zur Verfügung. Nach dem offiziellen Teil, werden wir den Abend bei einem Apéro im «Grand Café des Alpes» ausklingen lassen.

Da die Platzzahl sehr beschränkt ist, bitten wir Sie sich via Mail an sekretariat@cvp-bs.ch anzumelden.



Jetzt...



Kraftpaket für den Mittelstand

Motionär Lukas Engelberger



Mit zwei Vorstössen im Grossen Rat will die CVP den stark belasteten Mittelstand entlasten und so die tragende Stütze unserer Gesellschaft auch in Zukunft erhalten. Wer sich und seine Familie auch ohne Vermögen oder luxuriöses Einkommen selber durchbringt, soll nicht ständig stärker belastet werden, sondern wieder vermehrt finanziellen Spielraum haben. Arbeit und Selbstverantwortung dürfen nicht bestraft werden.

Es ist das alte Leid des Mittelstands: Als Stütze der Gesellschaft blutet der Mittelstand bei allen Prämien, Steuern und Gebühren. Die damit finanzierten Leistungen fließen aber an Personen und Familien aus dem Mittelstand vorbei, weil sie über die massgeblichen Einkommensgrenzen fallen, um von Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligungen etc. zu profitieren. Aus diesem Grund fordern wir mittels einer Motion von unserem Präsidenten Lukas Engelberger, dass selbstbezahlte Krankenkassenprämien vollumfänglich vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können. Ein zusätzlicher Anzug von André Weissen verlangt, dass Fehlanreize bei Umverteilungs- und Unterstützungsleistungen beseitigt werden.

Mit der Motion von Lukas Engelberger fordert die CVP den steuerlichen Abzug aller – also auch diese von Kindern - selbstbe-

zahlten KVG-Grundversicherungsprämien, auch über den Pauschalabzug von CHF 2'000 resp. 4'000 gemäss hinaus. Seit Jahren bilden die Krankenkassenprämien für viele Haushalte eine grosse Belastung. CHF 506 zahlt der durchschnittliche Erwachsene im Kanton Basel-Stadt pro Monat für die KVG-Grundversicherungsprämie, CHF 461 pro Jugendlichen, CHF 122 pro Kind (Angaben für 2013, mit Franchise CHV 300, inkl. Unfall). Um den Mittelstand und seine Familien zu entlasten, sollen diese selbstbezahlten KVG-Grundversicherungsprämien vollständig vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden können.

Mit einem Anzug von André Weissen fordert die CVP eine Überprüfung der Umverteilungs- und Unterstützungsmassnahmen, denn während Menschen mit einem tiefen Einkommen von vielen solchen Massnahmen profitieren können, steht der Mittelstand oft im Regen. So können denn auch vom Phänomen der «Working Poor» mittelständische Familien betroffen sein. Diese hätten teilweise mehr Geld zur Verfügung, wenn sie Sozialhilfe und Unterstützungsleistungen beziehen würden, statt zu arbeiten. Diese Fehlanreize müssen korrigiert werden.

Persönlich

Die CVP Basel-Stadt gratuliert folgenden Mitgliedern und Sympathisanten zum runden Geburtstag und wünscht ihnen alles Gute für die Zukunft!

September

- 03. Wilhelm Schmid-Kaufmann (90)
- 04. Brigitt Glutz-Lutz (80)
- 04. Anna Harzenmoser-Zollitsch (75)
- 18. Martin Fricker (50)

Oktober

- 18. Hansruedi Kaiser-Tosin (75)
- 27. Angi Egli-Petignat (80)

Veranstaltungen im 2013

Montag 28. Oktober
Vorstandssitzung
Parteiversammlung (Merian)

Montag 11. November
Fraktionssitzung (Rebhaus)

Mittwoch 13. November
PL-Sitzung (Schnabel)

Montag 25. November
PL-Sitzung
Vorstandssitzung (Merian)

Montag 9. Dezember
Fraktionssitzung (Rebhaus)

Mittwoch 11. Dezember
PL-Sitzung (Schnabel)

Dienstag 17. Dezember
Weihnachtessen

Montag 3. März 2014
Bundeshausbesuch

Jungbürgerfeier vs. Volljährigkeitsfest

von Beatrice Isler



Seit April 2013 bin ich in die Einbürgerungskommission der Bürgergemeinde Basel gewählt. Jeden Freitag Nachmittag sitze ich in dieser Kommission, höre zu oder prüfe selber direkt Menschen, die das Basler Bürgerrecht erlangen wollen. In den Gesprächen fragen wir Gelerntes über das politische System der Schweiz ab, von Bundesbern bis zur Gemeindeebene. Und auch Fragen zu Basel und zu den Traditionen haben Platz und bieten ziemlich schnell ein gutes Bild über die Integration der BewerberInnen. Überraschend für mich kommen sehr viele junge, noch minderjährige Menschen zur Befragung. Sie alle möchten Schweizerin oder Schweizer werden. Die Gründe? Sie sind hier geboren und haben kaum mehr einen Bezug zum Ursprungsland. Und sie erhoffen sich eine Chance für Ausbildung und Beruf.

Und nun erfahre ich, dass der Grosse Rat die Jungbürgerfeier in Frage stellt und aus

diesem Anlass eine Volljährigkeitsfeier machen möchte. Was hat das mit meiner Erfahrung in der Einbürgerungskommission zu tun?

Jungbürgerfeiern werden seit 1984 durch die Zünfte und Kooperationen ausgerichtet, welche sich für diesen Anlass finanziell und mit Hunderten von Stunden der Ehrenamtlichkeit engagieren. Die geladenen JungbürgerInnen sind Schweizerinnen und Schweizer, auch solche mit Migrationshintergrund; sie haben das ganze Prozedere einer Einbürgerung durchlaufen und wurden durch die Kommission mündlich geprüft. Diese jungen Menschen haben sich für ihre Integration engagiert, sie haben gelernt, sie haben ihren Wunsch, sich hier einzufügen, formuliert. Gerade für diese jungen Menschen sollte m.E. die Jungbürgerfeier nicht zu einem beliebigen Volljährigkeitsfest abgewertet werden. Denn an das Volljährigkeitsfest, welches

im übrigen wesentlich teurer zu stehen kommt, sind ja alle eingeladen, auch solche ohne Schweizer Pass.

Die CVP-Fraktion des Bürgergemeinderates hat aus all diesen Gründen Ende September einen Auftrag an die Bürger-rätInnen formuliert. Sie möchte geprüft haben, in welcher Form die Jungbürgerfeier weiterhin durchgeführt werden kann. Die Volljährigkeit Schweizer BürgerInnen und das damit einher gehende Stimm- und Wahlrecht sind Pfeiler unserer Demokratie und sollten den jungen Menschen auch mit einer Jungbürgerfeier näher gebracht werden.



im Freundes- und Verwandtenkreis für die CVP Basel-Stadt Begeisterung wecken!

